

lich, von der Seite der Geldbeschaffung gesehen, nicht um eine Belastung etwa der Notenbank mit großen Beträgen, sondern im wesentlichen um die Heranziehung der in der Wirtschaft ohnehin vorhandenen, zur Zeit nicht für die Arbeit ausgenutzten Kapazität auf den hierfür schon jetzt gegebenen Wege handelt. Den Gedanken, diesen Beitrag etwa über eine Zwangsanleihe zu finanzieren, haben wir abgelehnt. Beiträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft auch wenn die Zahlung über eine längere Zeit verteilt wäre, einfach nicht aufbringen können. Statt dessen beabsichtigen wir, folgenden Weg zu beschreiten:

Es sollen für Teile besonders produktionsfördernder Steuern, wie der Umlaufsteuer, der Realssteuer, der Gewerbesteuer — übrigens ohne jede Beeinträchtigung des Staats der Länder und Gemeinden — und der Beförderungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden,

### Steueranrechnungsscheine

gegeben werden, auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern, einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern, mit Ausnahme der Einkommensteuer, bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von 1500 Millionen handeln. Diese Scheine werden mit einem Ugo versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehns des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Aussattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Herstellung und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge für den, wie ich es nannte, aufgestauten Erhaltungsbedarf sein und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess einzufügen. Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neuerstellungen soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 M. in Scheinen gegeben werden. Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 124 Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können.

Wird dies gelingen, so würde das einen ganz großen vorwärtsstreibenden Erfolg bedeuten. Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angepackt wird. Es wird deshalb den Arbeitgebern gleichzeitig ein Anreiz zur

### Streckung der Arbeit

durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter gegeben. Dieser Anreiz wird nur auf dem Gebiete der Entlohnung liegen können.

Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in gewissem, genau umgrenztem Umfang, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenzen in einem um so höheren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder Arbeitschaft ist. Der Lohn wird aber nicht in gleidem Ausmaße ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gehaltene Gesamtlöhnsumme nicht nur erhöht bleibt, sondern sich sogar noch erhöht.

Ich bin mir bewußt, daß diese Maßnahme einem Teil, und zwar dem jetzt beschäftigten Teil der Arbeiterschaft, Opfer auferlegt, aber diese Opfer gehen zugunsten der heutigen Arbeitslosen. Und wenn auch der einzelne eine kleine Einbuße erleidet, so wird die Gesamtlöhnsumme erhöht, die allgemeine Kaufkraft also gesteigert. Auf diese Weise werden wir eine erhebliche Zahl Arbeitsloser der Arbeit wieder zuführen können.

### Tarifrecht und das Schlüsselwesen in seinem wesentlichen Inhalte aufrechtzuhalten.

Was sie aber immer wieder betonen muß, ist die Erwartung, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege freiwilliger Selbstbestimmung ohne staatliche Mitwirkung und ohne Bevormundung ordnen. Unsere Tarifverträge sind vielfach immer noch zu stark und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete, Betriebe und Arbeitnehmergruppen nicht gebührend Rücksicht. Ich halte es daher für notwendig, für Sonderfälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe zu schaffen.

Alle diese Maßnahmen dienen zunächst nur einer Übergangszeit. Sie werden deshalb auf zwölf Monate beschränkt.

Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen und den eigenen wirtschaftlichen Gefügen zu folgen. Ich erwarte, daß der gewaltige Anstoß, den unsere gesamte Volkswirtschaft durch eine Entlastung und damit Befreiung um etwa zwei Milliarden Mark und eine zusätzliche Beschäftigung von ein bis zwei Millionen Arbeitslosen erhält, auch die Lage der Landwirtschaft direkt und indirekt außerordentlich bessern wird. Dafür ist die Frage des

### Zinsproblems

auf dem privatwirtschaftlichen Wege mit allen Kräften vorwärtsstreben, ist ebenso selbstverständlich wie, daß wir eine Diskontierung für die allgemeine Wirtschaft binnen kurzer Zeit durchsetzen werden.

Herner aber sollen die zwölf Monate, in denen jene Abhilfe abläuft, dem organischen

### Um- und Neubau unseres Staats- und Wirtschaftslebens

dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist. Erst wenn wir der Not der Stunde etwas mehr entzündet sind wie heute, werden wir ein Sozial- und Finanzprogramm auf lange Sicht aufbauen können. Ich kann hier nicht über alle Probleme unseres Staatslebens sprechen. Für eine politische Programmrede wird im Reichstage Gelegenheit sein. Dort werde ich über die Gebiete der inneren und der äußeren Politik reden, die ich heute nicht berühren kann.

Ich darf hierbei darauf hinweisen, in welcher Weise bereits in Preußen unter der taktischen Leitung des Reichskommissars Dr. Bracht die Probleme der Verwal-

tungsreform angepackt worden sind. 58 Landkreise sind eingepackt worden, Kreise, die seit altersher bestanden, als die Postkutsche das schnellste Beförderungsmittel war, aber im Zeitalter von Telefon, Eisenbahn und Auto eine überflüssige Verwaltungsbefestigung darstellen.

Diesen ersten Maßnahmen wird eine grohe organisatorische Verwaltungsreform folgen, eine Verwaltungsreform von Haupt und Gliedern, die, wie ich hoffe, vom preußischen Staatsministerium in wenigen Tagen verabschiedet werden wird. Diesen Maßnahmen soll eine Vereinigung und Vereinfachung in der Zentralinstanz, eine Finanzreform und eine Reform der Selbstverwaltung folgen. Die Beteiligung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und die dadurch möglich gewordene Reform an Haupt und Gliedern beweisen, daß diese Regierung gewillt ist, zu handeln.

Mit tiefer Sorge verfolgt die Reichsregierung eine der verhängnisvollsten Wirkungen der

### Einengung des deutschen Lebensraumes.

Millionen der nachwachsenden Jahrgänge, junge Menschen voll Tatendrang, sind nach der Ausbildung vom Berufsleben und damit von einer äußeren und inneren Existenzgrundlage ausgeschlossen. Praktische Schritte zur Eingliederung dieser wichtigen Kräfte der jungen Generation aller Schichten werden getan werden. Ganz besonders ernst ist die Lage des akademischen Nachwuchses. Hier plant die Reichsregierung, zunächst die Zwischenhalting eines praktischen Jahres zwischen höherer Schule und Hochschule anzuregen und durchzuführen und gleichzeitig den Hochschulen die unabdingbare Pflicht nahezulegen, nach diesem Jahr auf jede nur denkbare Weise die Zahl der Studenten dem Bedarf der Berufe anzugeleichen.

Dem Neubau auf allen Gebieten wird die Arbeit der nächsten Monate gewidmet sein. Sie kann nur

durch eine autoritäre unabhängige Regierung.

Aus dieser Überzeugung heraus halte ich es für meine Pflicht, Stützungen dieses Werkes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren. Große Ausgaben im Dienste der Nation können nur von dem geöffnet werden, der sich dem ganzen Volk und nicht nur einer Partei oder Klasse dient und glaubt. Der Grundbegriff der Reichsverfassung, „die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, kann nicht bedeuten, daß die Staatsgewalt dem faktischen Spiel der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll. Und wenn heute von einer Koalition zwischen Zentrum und NSDAP gesprochen wird, an die ich nicht glauben kann, weil sie dem ganzen antiparlamentarischen Bekenntnis der Nationalsozialisten widerspricht, so wäre der geheime Grundgedanke solcher Koalition doch nur der, daß die eine Partei die andere zu vernichten wünscht. Ich frage, ob die Not des deutschen Volkes in dieser Stunde wirklich noch ein solches Kulissenpiel erträgt? Auf der anderen Seite denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundgesetzen der Verfassung oder gar an einen Wechsel der Staatsform. Die Verfassung selbst hat in der Institution des Reichspräsidenten den Spiele der Parteien gegenüber den ruhenden Pol geschaffen.

Unser Glaube an die Zukunft der Nation ist so unerschütterlich wie der jener Millionen, die einst auf den Schlachtfeldern für sie gekämpft haben.

Und deshalb rufe ich heute dem Lande zu: „Denkt nur an Deutschland!“ (Starke anhaltender Beifall.)

Anschließend begab sich der Kanzler unter stürmischen Hochrufen in die Parallelversammlung, um auch dort eine kurze Ansprache zu halten. Abschließend erklärte der Kanzler:

„Wenn ich mich heute nach Neudeck zum Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg begebe, der immer noch als ein Idol an der Spitze des Volkes steht, dann werde ich an Westfalen denken, werde wissen, daß Sie und ich, daß wir zusammen eine neue Zukunft Deutschlands vorbereiten werden.“

Bei der Absahrt wurde der Reichskanzler von einer vieltausendköpfigen Menge wiederum mit stürmischen Ovationen begrüßt.

### Das ist Papen!

Ein noch wenig bekanntes Hützenstück aus dem Weltkrieg.

Daß Reichskanzler von Papen ein Mann der Tat ist, der weiß, was er im Augenblick der Gefahr zu tun hat, beweist nachstehendes Geschichtchen, das uns aus zuverlässiger Berliner Quelle berichtet wird:

Hindenburg hat sich im Gespräch mit einem hohen Offizier über das Kabinettproblem unterhalten und dabei an folgende Reminiszenz angeknüpft: Im Jahre 1917 kam ein deutscher Offizier ins Große Hauptquartier und bekannte sich eines Vergewaltigungsdelikts. Er habe, als von oben der Befehl gegeben wurde, Jerusalem den Feinden preiszugeben, einen eigenen General ins Gefängnis setzen lassen und durch einen Handstreich mit grohem persönlichen Mut die Stadt Jerusalem wieder erobert. Dann begab sich derselbe Offizier ins Große Hauptquartier und brachte ein ärztliches Zeugnis mit, nach welchem der General in diesen Tagen vom Tropenkoller befallen war, unter Depression litt und deshalb nicht entscheiden konnte. Der Offizier, der den Handstreich unternahm, war kein anderer als Herr von Papen, der heutige Reichskanzler. „Soll ich“, so fuhr Hindenburg fort, „die Macht diesem bewährten Offizier überlassen oder einem anderen übergeben, von dem ich nicht weiß, was er im Augenblick der Gefahr beweisen kann?“

Diese Worte sind tatsächlich authentisch und sie erklären eine Tatsache, über die man sich in der Deutlichkeit erst sehr allmählich klar wird: das wirkliche Vertrauensverhältnis zwischen Hindenburg und Papen.

### Pressestimmen zur Kanzlerrede.

Die „Frankfurter Nachrichten“ schreiben u. a.: Die grundlegenden Gedanken Papens, zusammengefaßt in Seine, die altpreußische Beförderungsmittel war, aber im Zeitalter von Telefon, Eisenbahn und Auto eine überflüssige Verwaltungsbefestigung darstellen.

Diesen ersten Maßnahmen wird eine grohe organisatorische Verwaltungsreform folgen, eine Verwaltungsreform von Haupt und Gliedern, die, wie ich hoffe, vom preußischen Staatsministerium in wenigen Tagen verabschiedet werden wird. Diesen Maßnahmen soll eine Vereinigung und Vereinfachung in der Zentralinstanz, eine Finanzreform und eine Reform der Selbstverwaltung folgen. Die Beteiligung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und die dadurch möglich gewordene Reform an Haupt und Gliedern beweisen, daß diese Regierung gewillt ist, zu handeln.

Mit tiefer Sorge verfolgt die Reichsregierung eine

der verhängnisvollsten Wirkungen der

Millionen der nachwachsenden Jahrgänge, junge Menschen voll Tatendrang, sind nach der Ausbildung vom Berufsleben und damit von einer äußeren und inneren Existenzgrundlage ausgeschlossen. Praktische Schritte zur Eingliederung dieser wichtigen Kräfte der jungen Generation aller Schichten werden getan werden. Ganz besonders ernst ist die Lage des akademischen Nachwuchses. Hier plant die Reichsregierung, zunächst die Zwischenhalting eines praktischen Jahres zwischen höherer Schule und Hochschule anzuregen und durchzuführen und gleichzeitig den Hochschulen die unabdingbare Pflicht nahezulegen, nach diesem Jahr auf jede nur denkbare Weise die Zahl der Studenten dem Bedarf der Berufe anzugeleichen.

Dem Neubau auf allen Gebieten wird die

Arbeit der nächsten Monate gewidmet sein. Sie kann nur

durch eine autoritäre unabhängige Regierung.

Das rheinische Zentrumsorgan, die „Rhein. Volkszeitg.“, schreibt: Ohne Zweifel werden viele Bevölkerungen zerstreut werden, und wir möchten glauben, daß bei planvoller Zusammenarbeit manches Gedankliche aus dem Programm erwächst. Wir freuen uns über die Beweisung des Gedankens der christlich-konservativen Staatsgründung. Die Rebe, die große Wellenläufe ziehen wird, war gekennzeichnet durch den Ansehen, als habe der Kanzler geringe Achtung vor den Parteien und als ob der Reichstag, den doch die Regierung Papen gerufen hat, schon nicht mehr vorhanden sei. Wie weit die vom Kanzler gespielt auffällig betonte Sicherheit ohne weiteres gegeben oder von anderen unterbaut ist, werden die nächsten Tage zeigen. Die deutsche Innenpolitik tritt auf alle Fälle in ein bemerkenswertes Stadium ein.

Der rechtsstehende „Frank. Kurier“ in Nürnberg urteilt: Insgesamt ist die Rede von einem echten Echo getragen und unterscheidet sich von den Kanzlerreden der dreizehn republikanischen Jahre dadurch ausschließlich, daß an Stelle furchtbarer Auseinandersetzungen ein Programm der Tatenwidrigkeit wird. Man kann nur hoffen, daß in so ernsten Zeiten dieses entscheidungsschwere Programm Gegenstand ernsthafter Diskussion innerhalb der Nation wird und nicht Gegenstand einer Parteipolemik, für die wir im Augenblick wirklich keine Zeit haben. Was auf dem Spiele steht, ist, ob es gelingt, die zerstörte Existenz Millionen Deutscher wieder zu formen. Insbesondere in diesem Punkte eine deutsche Regierung Ideen besitzt und Entschlossenheit, sie durchzuführen, entscheidet über sie. Das Verdienst des gegenwärtigen Kabinetts bleibt es, diese Aufgabe in ihrer ganzen Größe angepackt und vor das deutsche Volk gestellt zu haben.

Berliner Pressestimmen liegen noch nicht vor, da die meisten Berliner Zeitungen erst mittags erscheinen.

### Starke Interesse in England.

London, 29. August. (Drabik.) Die gestrige Rede des Reichskanzlers in Münster mit ihren umfassenden Plänen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage wird von den Blättern in spaltenlangen Berichten wiedergegeben. Der politische Teil der Ausführungen des Herrn von Papen wird allgemein so aufgefaßt, daß die jetzige Regierung nicht beabsichtigt, sondern entschlossen ist, im Amt zu bleiben. Große Beachtung findet der Angriff auf Hitler. Das Hauptinteresse der Blätter wendet sich aber naturgemäß den weitreichenden wirtschaftlichen Maßnahmen und besonders der damit verbundenen Finanzpolitik zu.

Die rechtskonservative „Morning Post“ schreibt: Der Reichskanzler sei nicht nur ein mutiger, sondern auch ein geschickter Mann. Demokratie und Sozialismus hätten im deutschen Boden niemals Wurzel geschlagen. Herr von Papen zeige, daß er seine Deutschen, oder auf jeden Fall seine Preußen kenne. Die Deutschen seien der Kampf zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten müde und würden dem Reichskanzler für seine Erklärung, daß er das schwelende Feuer des Bürgerkrieges löschen werde, dankbar sein. Ueber das Wirtschaftsprogramm des Reichskanzlers sagt „Morning Post“, die vorliegenden Informationen erlaubten noch kein Urteil darüber. Herr v. Papen rechne damit, daß Deutschland den tiefsten Punkt seiner Wirtschaftsdepression erreicht habe.

Die Pariser Echo der Reichskanzlerrede.

Paris, 29. August. Die Blätter haben bei der Besprechung der gestrigen Rede des Reichskanzlers von Papen in Münster allgemein hervor, sie lege davon Zeugnis ab, daß die Regierung von Papen im Amt bleibt wollen, denn sie habe ein Programm entwickelt, dessen Durchführung eine größere Zeitspanne zur Voraussetzung habe. Große Beachtung findet der Angriff auf Hitler. Das Hauptinteresse der Blätter wendet sich aber naturgemäß den weitreichenden wirtschaftlichen Maßnahmen und besonders der damit verbundenen Finanzpolitik zu.

Die radikale Volonté meint u. a., man finde in der Rede keine Anspielung auf die Außenpolitik; dagegen zeige sie den deutlichen Willen zu einer inneren wirtschaftlichen Wiederherstellung und sozialen Entspannung.

Auch der sozialistische Populaire schreibt, die Regierung werde am Ruder bleiben und ihr Programm durchführen, gleichwohl welche Haltung die politischen Parteien einnehmen werden. Nach verschiedenen Mutmaßungen über die weitere Gestaltung der Dinge erklärt das Blatt, ein neues Kapitel der Geschichte Deutschlands beginne.

Das Gewerkschaftsblatt Le Peuple lehnt das in Münster entwickelte Programm des Kanzlers ab. — Echo de Paris schreibt, der Reichskanzler habe sich für die Grundsätze ausgesprochen, denen schon Preußen unter seinen großen Herrschern folgt sei. Die Rebe richte sich an eine nationale Elite, die fähig sei, nachzudenken und auch Anerkennungen zu begreifen. Die Ausdrückungen der Hitlerbewegung hätten die Gefahr mitgebracht, unter den Deutschen Uneinigkeit hervorzurufen und das Ausland zu erschrecken. Die Reichsregierung finde ein Mittel, um sich außenpolitische Sympathien zu erwerben. Die Welt hatte sehr viel Mühe gehabt, um die deutsche Macht zu brechen. Jetzt werde sie denen Beifall zollen, die diese Macht wieder herstellen. Werde Frankreich dieser Illusion widerstehen?

Noch führt aus, seit mehreren Tagen habe man mit berechtigter Neugier sich gefragt, wie der Reichskanzler, von Hitler herausgefordert, reagieren würde. Seine gestri-